

Fragen

für die Fragestunde der 180. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 3. Juli 2024

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (Gruppe Die Linke)	51, 52	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	19, 31
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 47	Latendorf, Ina (Gruppe Die Linke)	55, 56
Brandl, Reinhard, Dr. (CDU/CSU)	9, 10	Müller, Florian (CDU/CSU)	11, 13
Brandner, Stephan (AfD)	14, 15	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	1, 59
Bünger, Clara (Gruppe Die Linke)	36, 37	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	50, 57
Bystron, Petr (AfD)	41, 42	Rehbaum, Henning (CDU/CSU)	6, 16
Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW)	38, 43	Reichel, Markus, Dr. (CDU/CSU)	12, 33
Donth, Michael (CDU/CSU)	17, 18	Renner, Martina (Gruppe Die Linke)	48, 49
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	53, 54	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	30, 46
Görke, Christian (Gruppe Die Linke)	32	Schattner, Bernd (AfD)	2, 29
Gohlke, Nicole (Gruppe Die Linke)	22, 23	Schreiner, Felix (CDU/CSU)	7, 8
Hahn, André, Dr. (Gruppe Die Linke)	39, 40	Seidler, Stefan (fraktionslos)	20
Hauer, Matthias (CDU/CSU)	3, 4	Seitz, Thomas (fraktionslos)	45, 58
Höchst, Nicole (AfD)	34, 35	Simon, Björn (CDU/CSU)	5
Hunko, Andrej (Gruppe BSW)	44, 60	Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU)	27, 28
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	24, 25	Wiener, Klaus, Dr. (CDU/CSU)	21

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	8
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	19

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

1. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD) Welchen Stellenwert nehmen im Rahmen der neuen Richtlinien für mehr Künstliche Intelligenz in der Verwaltung des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr vom 17. Juni 2024 Datenschutz und Datensicherheit ein (vgl. <https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2024/047-wissing-ki-richtlinie.html>, zuletzt abgerufen am 20. Juni 2024)?
2. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Hat die Bundesregierung Kenntnis über den momentanen ökonomischen und materiellen Zustand der bundeseigenen Autobahn GmbH des Bundes?
3. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU) Wie ist die entgeltliche Nebentätigkeit eines Beschäftigten im Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) für die FDP (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 55 auf Bundestagsdrucksache 20/11578) mit dessen Amt als Referatsleiter im BMDV vereinbar, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass durch die Nebentätigkeit keine dienstlichen Interessen beeinträchtigt werden?
4. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU) Wann ist mit einer Einführung des im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vereinbarten zusätzlichen Digitalbudgets zu rechnen, und welche konkreten Vorhaben sollen damit finanziert werden?
5. Abgeordneter
Björn Simon
(CDU/CSU) Plant die Bundesregierung, die Erhöhung der Luftverkehrssteuer zeitnah wieder zurückzunehmen, und damit die nach Auffassung des internationalen Dachverbands der Fluggesellschaften (IATA) bestehende Beeinträchtigung der europäischen und globalen Wettbewerbsfähigkeit abzubauen (vgl. www.iata.org/contentassets/21c4e77ef1a04a1996ebe980a802cd4f/2024-05-02-01-d.pdf)?
6. Abgeordneter
Henning Rehbaum
(CDU/CSU) Wieso müssen ukrainische Berufskraftfahrer nach den neuen Bestimmungen der „Verordnung über Ausnahmen für Inhaber ukrainischer Fahrerqualifizierungsnachweise“ nun immer noch eine 35-stündige Ergänzungsprüfung absolvieren, anstatt das man ihre heimische Qualifikation einfach anerkennt und sie hier in Deutschland fahren lässt?

7. Abgeordneter
Felix Schreiner
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Bundesregierung den von dem Bundesminister für Verkehr und Digitales Dr. Volker Wissing angekündigten „Infrastrukturfonds“ konkret vor, und welche Inhalte soll der Infrastrukturfonds haben (vgl. www.handelsblatt.com/politik/deutschland/infrastrukturfonds-wissing-will-nachhaltige-loesung-zur-finanzierung-der-infrastruktur/100027607.html)?
8. Abgeordneter
Felix Schreiner
(CDU/CSU)
- Wie sollten sich nach Ansicht der Bundesregierung die investiven Mittel bei den klassischen Verkehrsträgern aufteilen, wenn sich der Bundesminister für Verkehr und Digitales Dr. Volker Wissing auf der Homepage des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr anlässlich der Vorlage der Gleitenden Langfrist-Verkehrsprognose bis 2051 konkret für die Bedarfsplanüberprüfung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2030 wie folgt zitieren lässt: „Ich richte meine Verkehrspolitik an den tatsächlichen Begebenheiten aus, an Zahlen, Daten und Fakten und nicht an politischem Wunschdenken. Die Ergebnisse der neuen Langfrist-Verkehrsprognose machen deutlich: Der Verkehr in Deutschland wird in jeder Hinsicht zunehmen.“ (Pressemitteilung 017/2023 des BMDV, Dr. Wissing: „Verkehr in Deutschland wird zunehmen“ vom 3. März 2023, zuletzt abgerufen am 20. Juni 2024)?
9. Abgeordneter
Dr. Reinhard Brandl
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die bis einschließlich 30. Mai 2024 im Rahmen der Gigabit-Richtlinie 1.0 und der Gigabit-Richtlinie 2.0 beantragten sowie bewilligten Fördersummen?
10. Abgeordneter
Dr. Reinhard Brandl
(CDU/CSU)
- Sind die bis einschließlich 30. Mai 2024 im Rahmen der Gigabit-Richtlinie 1.0 und der Gigabit-Richtlinie 2.0 bewilligten Fördersummen in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt, und wenn ja, in welcher Höhe?
11. Abgeordneter
Florian Müller
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe sind Haushaltsmittel für die Aufklärungskampagne vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) und dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) zum Umgang mit Cannabis im Straßenverkehr hinterlegt (bitte auch die Höhe der bereits verausgabten Haushaltsmittel angeben), und sind die Auftaktmaßnahmen zum 1. April 2024 bereits abgerechnet?

12. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU) War die Digitalstrategie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) vom 22. April 2024 mit der Digitalstrategie der Bundesregierung und damit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) abgesprochen, und wenn ja, wie fügen sich unterschiedliche Digitalstrategien einzelner Häuser unter der Gesamtstrategie ein, und wie läuft hier der Abstimmungsprozess?
13. Abgeordneter
Florian Müller
(CDU/CSU) Welche Auswirkungen haben die laut Berichten geplanten Etat-Kürzungen bei der Autobahn GmbH des Bundes und den Bundesfernstraßen für die für dieses Jahr geplanten oder bereits vorgenommenen Projektausschreibungen und deren Vergabe?
14. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Ist die Privatisierung der 1994 hoch verschuldeten Deutschen Bahn nach Auffassung des Bundesministers für Digitales und Verkehr ein Erfolg oder ein Misserfolg (<https://web.de/magazine/politik/deutsche-bahn-privatisierung-1994-erfolg-flop-32899860>)?
15. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Auf welche Summe belaufen sich die Kosten, die damit einhergehen würden, sowohl die Bahn als auch das Straßennetz in Deutschland an die aktuellen Herausforderungen anzupassen?
16. Abgeordneter
Henning Rehbaum
(CDU/CSU) Welche eigenen radverkehrspolitischen Maßnahmen, wie z. B. Förderprogramme, hat die aktuelle Bundesregierung initiiert, die nicht schon von der Vorgängerregierung beschlossen wurden?
17. Abgeordneter
Michael Donth
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung das Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes einleiten, das die Ministerpräsidentenkonferenz im November 2023 für die Übertragung nicht ausgegebener Mittel aus dem Jahr 2023 in das Jahr 2024 beschlossen hatte (vgl. <https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/das-deutschlandticket-bleibt.html>), und wie will die Bundesregierung den im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vereinbarten „Ausbau- und Modernisierungspakt“ angesichts der Finanzierungslücke im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) von ca. 40 Mrd. Euro von 2026 bis 2031 umsetzen (vgl. Beschlussvorlage Verkehrskonferenz 17./18. April 2024, <https://background.tagesspiegel.de/verkehr-und-smart-mobility/briefing/ausbau-und-modernisierungspakt-auf-der-kippe>)?

18. Abgeordneter
Michael Donth
(CDU/CSU)
- Hat der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG nach Kenntnis der Bundesregierung den Gremienvorbehalt für die notwendige Finanzierungsvereinbarung zur Realisierung des Bausteins 3 des Digitalen Knoten Stuttgart in der Aufsichtsratssitzung am 27. Juni 2024 aufgehoben, und wenn nein, warum nicht?
19. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welchen Inhalt umfasst nach Kenntnis der Bundesregierung die Daten-Absichtserklärung, die der Bundesminister für Digitales und Verkehr laut Medienbericht mit der kommunistischen, autokratisch geführten Volksrepublik China vereinbart hat, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass hierbei Interessen der Bundesrepublik Deutschland verletzt wurden (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/china-ampelpolitiker-kr itisieren-alleingang-von-digitalminister-wissing/100048417.html)?
20. Abgeordneter
Stefan Seidler
(fraktionslos)
- Wie setzt sich der Bund als alleiniger Eigentümer der Deutschen Bahn AG (DB AG) dafür ein, dass auch im Bereich der öffentlich zugänglichen Bahninfrastruktur sowie in Fahrzeugen zum Personentransport der DB AG (z. B. Stationstafeln, Ansagen im Bahnhof und auf dem Bahnsteig, Hinweisschildern, Fahrgastinformationsbildschirmen) die aus der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen folgenden vertraglichen Verpflichtungen des Bundes zum Schutz und zur Förderung des Gebrauchs der Regional- und Minderheitensprachen in ihren jeweiligen Verbreitungsgebieten umgesetzt werden, und gab es seit Inkrafttreten der Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen 1999 Gespräche zwischen Bund und der DB AG über deren Umsetzung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

21. Abgeordneter
Dr. Klaus Wiener
(CDU/CSU)
- Warum wurde das vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) initiierte Projekt „Unterstützung des BASE bei der Prozessanalyse des Standortauswahlverfahrens (PaSta)“ nicht wie angekündigt Ende 2022 abgeschlossen (www.base.bund.de/DE/themen/fa/soa/projekte-aktuell/projekte-aktuell_node.html), bzw. wann rechnet die Bundesregierung mit einem Abschluss sowie einer Veröffentlichung der Projektergebnisse?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung**

22. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(Gruppe Die Linke)
- Wer im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat am 10. Mai 2024 in wessen Auftrag die Fachebene angewiesen, eine Liste mit Unterzeichnenden des Statements von Lehrenden an Berliner Hochschulen, die Fördermittel des BMBF erhalten, zu erstellen?
23. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(Gruppe Die Linke)
- Warum führt aus Sicht der Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger der Vorgang am 13. Mai 2024 (2. Prüfbitte) zum Vertrauensverlust gegenüber der ehemaligen Staatssekretärin Dr. Sabine Döring und der am 10. Mai 2024 (1. Prüfbitte) nicht gegenüber den leitenden Beamten?
24. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Warum wurde in der Antwort des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) auf die erste Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz von „FragDenStaat“ an das BMBF zur Fördergeldaffäre (siehe <https://fragdenstaat.de/anfrage/interne-pruefung-zu-offenem-brief-proteste/#nachricht-914826>) keine „Wire“-Kommunikation der Leitungsebene übermittelt, obwohl „sämtliche Kommunikation“ angefragt war (vgl. www.spiegel.de/politik/deutschland/foerdergeld-affeere-im-bmbf-grosses-unwohlsein-namen-in-listen-zu-markieren-a-050cc30f-41c1-438a-96da-15d33fab9ee)?

25. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wer wird die entlassene Staatssekretärin Dr. Sabine Döring ab sofort in den Vorbereitungen und in der Verhandlungsführung unter anderem zum Digitalpakt 2.0, zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz, zum Forschungsdatengesetz und zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes vertreten, und falls die Staatssekretärin Judith Pirscher diese Vertretung übernimmt, welche Vorhaben aus dem Geschäftsbereich von der Staatssekretärin Judith Pirscher müssen dann aus Kapazitätsgründen zurückgestellt werden (wie z. B. der Aufbau der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation – DATI)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

26. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass in Barcelona bis spätestens Ende 2028 die kurzzeitige Vermietung von Ferienwohnungen an Touristen verboten werden soll (siehe dazu: www.zeit.de/wirtschaft/2024-06/wohnungsnot-spanien-barcelona-verbot-ferienwohnungen), und wird die Bundesregierung zum auch in Deutschland bekannten diesbezüglichen Problem nicht nur an die Länder verweisen, sondern auch eigene bundesweite Gesetzesinitiativen planen, um die Bewohnerinnen und Bewohner von Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt vor dem sogenannten Massentourismus zu schützen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

27. Abgeordnete
**Annette Widmann-
Mauz**
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Anfragen und Gespräche hat es seitens der Bundesregierung seit dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 19. Oktober 2023 zur Errichtung und zügigen Umsetzung eines Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ (ZWBE) bis heute mit dem Berliner Senat oder dem Bezirksamt Mitte in Bezug auf einen künftigen Standort für das ZWBE in der Mitte Berlins gegeben, und zu welchen Ergebnissen ist sie dabei gelangt?

28. Abgeordnete
Annette Widmann-Mauz
(CDU/CSU)
- Wie ist der aktuelle Stand und der konkrete Zeitplan für die Umsetzung des am 19. Oktober 2023 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ (ZWBE)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

29. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis, wie hoch aktuell die Nachfrage in Deutschland an E-Autos ist?
30. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung eine Änderung einzelner Punkte im Gesetz zur Aufteilung der Kohlendioxidkosten (CO₂KostAufG), damit alle Energieversorger ihren Kunden für Rechnungen ab Januar 2025 alle notwendigen Informationen für die Aufteilung des CO₂-Preises in der Heizkostenabrechnung zur Verfügung stellen können, was nach mir vorliegenden Informationen derzeit nicht möglich ist, und wenn ja, wird eine Änderung im CO₂KostAufG auch die von Wohnungs- und Immobilienunternehmern beklagte Diskrepanz, wie mir ebenfalls zugetragen wurde, zwischen tatsächlichen und pauschalierten Kosten beheben?
31. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wann erfolgten nach Kenntnis der Bundesregierung die letzten Zahlungen an Russland oder russische Firmen der nun bundeseigenen SEFE Securing Energy for Europe GmbH, ehemals Gazprom Germania GmbH (www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Treuhand/Gazprom/start.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
der Finanzen**

32. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Welche Banken haben bei den diesjährigen Verkäufen von Anteilen des Bundes und der KfW an Telekom- und Postaktien jeweils die Platzierung am Kapitalmarkt übernommen, und in welcher Gesamthöhe sind dabei Gebühren oder Honorare als Einnahmen für die Banken angefallen (vgl. www.manager-magazin.de/unternehmen/tech/deutsche-telekom-kfw-bank-verkauft-weitere-aktien-fuer-fast-2-5-milliarden-euro-a-6d6a2c8a-4289-4efa-84c3-b1113d32fc50)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

33. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU)
- Welche weiteren Onboardingmöglichkeiten für die EUDI-Wallet (European Digital Identity Wallet) sind neben der PID (Personal Information Data) über die eID (elektronischer Personalausweis) bisher für die Evolutionslösung der eID, welche das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik gerade erarbeitet, vorgesehen?
34. Abgeordnete
Nicole Höchst
(AfD)
- Wie viele der seit 2015 Eingebürgerten sind bekannte Islamisten oder Islamismus-verdächtig (bitte nach den fünf häufigsten Herkunftsnationalitäten aufschlüsseln und jeweils die Gesamtanzahl pro Herkunftsnationalität angeben)?
35. Abgeordnete
Nicole Höchst
(AfD)
- Welche fünf Herkunftsnationalitäten führen bei den seit 2015 eingebürgerten Personen jeweils die Liste der Bezieher von Bürgergeld und der Straffälligen an (bitte pro Herkunftsnationalität jeweils die Gesamtanzahl der Bezieher von Bürgergeld sowie die Gesamtanzahl der Straffälligen angeben)?

36. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Hält die Bundesregierung einen Anpassungsbedarf in Deutschland aufgrund des Richtlinienvorschlags der Europäischen Union zur Bekämpfung der Korruption vom Mai 2023 für notwendig (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52023PC0234>), und wenn ja, welche konkreten nationalen Vorschriften sind seitens der Bundesregierung geplant, um die Korruptionsprävention in Deutschland zu stärken, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Allgemeine Ausrichtung des Richtlinienvorschlags den Mitgliedstaaten meiner Einschätzung nach einen großen Spielraum zulässt, und wenn nein, warum nicht?
37. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Sieht die Bundesregierung die Anforderungen des Richtlinienvorschlags der Europäischen Union zur Bekämpfung der Korruption vom Mai 2023 (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52023PC0234>), wonach gemäß Artikel 4 der Allgemeinen Ausrichtung die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, mit der Korruptionsprävention betraute spezialisierte, unabhängige Stellen oder Einheiten zu schaffen und diese zudem mit angemessenen personellen, finanziellen, technischen und technologischen Ressourcen auszustatten, als erfüllt an, und wenn ja, um welche Stellen und Einheiten handelt es sich dabei, und welche Anpassung wäre hinsichtlich der Ressourcen erforderlich?
38. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Welchen Stand hat das Prüfverfahren der Bundesregierung zu einem Verbot der islamistisch-nationalistischen „Grauen Wölfe“ bzw. der Vereine der „Ülkücü“-Bewegung in Deutschland (ADÜTDF, ANF und ATİB; vgl. Bundestagsdrucksache 19/24388), die Berichten zufolge aktuell die Fußball-Europameisterschaft als eigene Bühne zur Nachwuchsrekrutierung nutzen (www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.em-2024-warum-tuerkische-fans-so-oft-den-rechtsextremen-wolfsgruss-zeigen.5a69abb9-5ce3-47d9-a16d-ec7351d15b23.html und www.nd-aktuell.de/artikel/1183155.graue-woelfe-tuerkische-nationalisten-bei-em-auf-nachwuchssuche.html), oder ist das am 18. November 2020 vom Deutschen Bundestag in Auftrag gegebene Prüfverfahren in den seitdem vergangenen 1318 Tagen (Stichtag der Einreichung der Frage) von der Bundesregierung zwischenzeitlich eingestellt worden, und wenn ja, warum?

39. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke) Wie viele Einsätze von Wasserrettungskräften waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Monaten Januar bis Ende Juni 2024 bei den Starkregen- und Hochwasserereignissen innerdeutsch zu verzeichnen, und wie viele deutsche Wasserrettungskräfte wurden im Jahr 2023 insgesamt eingesetzt?
40. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke) In welchen Bundesländern ist die Wasserrettung nach Kenntnis der Bundesregierung bislang Teil des Katastrophenschutzes, und inwieweit ist eine Vereinheitlichung geplant, die Wasserrettung im Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz (ZSKG) mit zu verankern?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

41. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD) Hat die Bundesregierung mündliche oder schriftliche Zusicherungen von Israel eingeholt, dass die von Deutschland an Israel gelieferten Waffen ausschließlich völkerrechtskonform, im Sinne des Kriegsrechts und des humanitären Völkerrechts, eingesetzt werden dürfen?
42. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD) Welches Ziel und welche Zielgruppe hat nach Kenntnis der Bundesregierung das durch die Hilfsorganisation Oxfam durchgeführte und vom Auswärtigen Amt unterstützte Cash- und Voucherprogramm in der arabischen Welt (vgl. www.ichyseinblick.de/daili-es-sentials/auswaertiges-amt-ngos-influencer-aspen-oxfam-indigene/)?

43. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Aus welchem Grund wird nach Kenntnis der Bundesregierung die Ukraine auch auf dem NATO-Jubiläumsgipfel in Washington im Juli 2024 nach Medienberichten keine Einladung zu einem Beitritt zur NATO erhalten, vor dem Hintergrund, dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bereits beim NATO-Gipfel im Juli 2023 das Fehlen eines Zeitplans als „absurd“ bezeichnet und eine konkrete Perspektive für sein Land gefordert hat (www.zdf.de/nachrichten/politik/selenskyj-nato-gipfel-ukraine-krieg-russland-100.html), während laut einer aktuellen Umfrage 55 Prozent der Bevölkerung in Deutschland einen NATO-Beitritt der Ukraine ablehnen, im Osten Deutschlands sogar 70 Prozent (www.focus.de/politik/focus-online-umfrage-die-wichtigsten-6-fragen-so-denkt-deutschland-wirklich-ueber-den-krieg-und-putin_id_260067582.html; www.focus.de/politik/deutschland/reitz-thema-warum-die-ukraine-umfrage-fuer-baerbock-zum-problem-wird_id_260072218.html), und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung, dass die NATO alternativ zu der Kiew in Aussicht gestellten regulären Mitgliedschaft in der Militärallianz die verbale Hilfskonstruktion einer „Brücke zur Mitgliedschaft“ für die Ukraine erwägt (www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/nato-erwaegt-bruecke-zur-mitgliedschaft-fuer-ukraine/)?
44. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Welche konkreten Ursachen hat nach Informationen der Bundesregierung die Lebensgefahr, unter welcher der Einsatz von UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten) und World Food Programme (Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen) in Gaza stattfindet (siehe <https://x.com/auswaertigesamt/status/1805556638973149443>), und welche Konfliktpartei hat nach Kenntnis der Bundesregierung die Krankenhäuser in Gaza zerstört (siehe <https://x.com/auswaertigesamt/status/1805735038329250247>)?

45. Abgeordneter
Thomas Seitz
(fraktionslos)
- Welche Schlussfolgerungen für ihr eigenes Handeln zieht die Bundesregierung aus der Aussage „Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit will Russland keinen direkten Konflikt mit amerikanischen und NATO-Streitkräften“ aus dem „Jahres-Bericht zur Bedrohungslage durch die Geheimdienste der USA“ vom 5. Februar 2024 (www.dni.gov/files/ODNI/documents/assessment/s/ATA-2024-Unclassified-Report.pdf), wie auch vom fraktionslosen Abgeordneten Robert Farle in seiner Rede vom 26. Juni 2024 vorgebracht (www.bundestag.de/mediathek/plenarsitzungen?videoid=7613161#url=L211ZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NjEzMTYx&mod=mediathek, Zitat bei Sekunde 44)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

46. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wann wird ein erster Entwurf zur Novelle der Wärmelieferverordnung vorliegen, und welche Lösungen zur Überwindung der Hemmnisse für Umstellung auf Wärmelieferung werden verfolgt?
47. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, ob und wenn ja, wie viele Anträge nach § 94 Absatz 1 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (ZVG), nach dem ein Grundstück für Rechnung des Erstehers in gerichtliche Verwaltung zu nehmen ist, solange nicht die Zahlung oder Hinterlegung erfolgt ist, in den letzten zehn Jahren bundesweit gestellt wurden?
48. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- In wie vielen Fällen hat der Generalbundesanwalt im Kontext der Ermittlungen gegen die „Gruppe Reuß“ bzw. „Patriotische Union“ seinerseits Ermittlungsverfahren u. a. im Zusammenhang mit Vorwürfen über die Aufstellung sogenannter „Heimatschutzkompanien“ und den im Rahmen der Rekrutierung dazu abgegebenen Verschwiegenheitserklärungen (www.tagesschau.de/investigativ/mdr/gerichtsprozess-reuss-reichsbuerger-prepper-sachsen-100.html) an die Generalstaatsanwaltschaften der Bundesländer abgegeben (bitte auflisten nach Anzahl der jeweils an die Generalstaatsanwaltschaften in den Bundesländern abgegebenen Verfahren und beschuldigten Personen)?

49. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- Wurden Waffen und Ähnliches nach Kenntnis der Bundesregierung anlässlich der teils seitens des Generalbundesanwalts oder nach Abgabe durch die Landesjustizbehörden im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die sogenannte „Gruppe Reuß“ bzw. „Patriotische Union“ und deren Unterstützer veranlassten Durchsuchungen am 4. und 11. Juni 2024 aufgefunden und sichergestellt, und wenn ja, wie viele (bitte nach Anzahl von Waffen, Waffenteilen sowie Munition und Sprengmitteln auflisten; www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/razzia-reuss-reichsbuerger-100.html; www.tagesschau.de/inland/razzia-reichsbuerger-126.html)?
50. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welche namentlich zu benennenden Personen sind an der von Bund und Ländern gemeinsam besetzten Reformkommission, die Vorschläge für den Zivilprozess der Zukunft erarbeiten soll (Gemeinsame Erklärung Bund-Länder-Digitalgipfel am 10. November 2023 – Modernisierung der Prozessordnungen), beteiligt, und welche Berichterstattungen wurden innerhalb der Reformkommission bisher an diese Personen vergeben (bitte die wesentlichen Inhalte angeben)?
51. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Welche Delikte (Aufschlüsselung nach Deliktgruppen ist ausreichend) wurden den 76 Personen vorgeworfen, für die im Jahr 2022 Auslieferungsersuchen der Türkei eingegangen sind, und welche Delikte (Aufschlüsselung nach Deliktgruppen ist ausreichend) wurden den 21 Personen vorgeworfen, deren Auslieferung die Bundesrepublik Deutschland an die Türkei bewilligt hat (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 49, Plenarprotokoll 20/177)?
52. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele Auslieferungsersuchen gegen in Deutschland lebende Personen hat die Türkei in den Jahren 2008 bis Ende 2021 gestellt, und in wie vielen Fällen wurde dem Auslieferungsersuchen entsprochen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

53. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)

Welche finanziellen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland bestehen zum heutigen Tage (inklusive der auf der Tagesordnung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages am 3. Juli 2024 aufgeführten 25-Mio.-Euro-Vorlagen, die auch als bereits eingegangene finanzielle Verpflichtung gewertet werden sollen) im Rahmen des Einzelplans 14 inklusive des Sondervermögens Bundeswehr bei allen Titeln der Gruppe 554 für das Jahr 2028 (bitte mit differenzierter Angabe der haushaltrechtlich bereits eingegangenen Verpflichtungen einerseits sowie der im Bundeshaushalt 2024 bzw. im aktuellen Wirtschaftsplan des Sondervermögens Bundeswehr veranschlagten, aber noch nicht gebundenen Verpflichtungsermächtigungen andererseits; beide Angaben einschließlich aller etwaig bereits bewilligten oder dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vorgelegten außer- und überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen), und anhand welcher Informationen misst die Bundesregierung, dass der Bundeswehr ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr und den deutschen Beitrag zu den geltenden NATO-Fähigkeitszielen zu gewährleisten (bitte mit Erläuterung, in welcher konkreten Form und in welchem Umfang diese Informationen dem Deutschen Bundestag zur Verfügung gestellt werden)?

54. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Gegen wie viele Drohnen, die fliegend über oder in der unmittelbaren Nähe von militärischen Sicherheitsbereichen in Deutschland entdeckt wurden, hat die Bundeswehr seit Jahresbeginn erfolgreich Bekämpfungsmaßnahmen durchgeführt (bitte mit Angabe der Anzahl einerseits von erfolgreichen Bekämpfungsmaßnahmen, bei denen die Drohne gestört wurde, sowie andererseits mit Angabe der Anzahl von erfolgreichen Bekämpfungsmaßnahmen, bei denen die Drohne zerstört wurde), und verfügt die Bundeswehr zum heutigen Tage über ausreichend Kapazitäten, um alle Liegenschaften des Bundesministeriums der Verteidigung, alle Truppenübungsplätze der Bundeswehr (inklusive Gefechtsübungszentrum Heer) sowie alle weiteren Liegenschaften der Bundeswehr, in der ukrainische Soldaten ausgebildet werden, flächendeckend vor der Ausspionierung im Rahmen von Drohnenaktivitäten schützen zu können (bitte mit Erläuterung, falls die Bundeswehr nicht über entsprechende Kapazitäten verfügt, inwiefern diese zukünftig gedeckt werden sollen, z. B. ob bereits alle notwendigen Finanzmittel dafür im Bundeshaushalt hinterlegt sind oder auch zu wann diese Kapazitäten bereitstehen sollen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

55. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Welche Verbände und Fachgremien wurden vonseiten der Bundesregierung zur fachlichen Beratung bei der Erarbeitung des „Entwurfes eines Gesetzes zur Änderung agrarrechtlicher Vorschriften“ (Bundestagsdrucksache 20/11948) herangezogen?
56. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Welche Gründe hat die Bundesregierung, das unter der früheren Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner (CDU/CSU) mit 4,6 Mio. Euro angestoßene Projekt zur Schaffung der Grundlagen für ein Nationales Tierwohl-Monitoring (NaTiMon), trotz des im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP formulierten Ziels der Schaffung einer Tiergesundheitsstrategie und einer entsprechenden Datenbank, nicht weiterzuverfolgen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

57. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie weit sind die Vorbereitungen für die im Oktober 2024 vorgesehene Zwischenevaluation gemäß Ziffer 4.4 der Gemeinsamen Erklärung über verbindliche Kriterien und Standards für eine unabhängige Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch in der katholischen Kirche in Deutschland der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs und der Deutschen Bischofskonferenz fortgeschritten (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 64 auf Bundestagsdrucksache 20/10926), und wie soll die Fachtagung ablaufen?
58. Abgeordneter
Thomas Seitz
(fraktionslos)
- Wie hoch sind die mittel- oder unmittelbar, wie beispielsweise aus der Projektunterstützung für eine neue „Bundesengagementstrategie“, die laut Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, im Abschnitt „Zivilgesellschaft und Demokratie“, „mit der Zivilgesellschaft erarbeitet werden soll“ (www.b-b-e.de/projekte/bundes-engagementstrategie/) der Körber-Stiftung zugeflossenen Fördermittel (bitte aufschlüsseln nach Summe, Name des geförderten Projektes und geplanten Zeithorizontes und beabsichtigten Zweckes der Förderung), und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, dass nach meiner Einschätzung ehemaligen hochrangigen Funktionären des antisemitischen Regimes im Iran eine Bühne geboten wird, vor allem vor dem Hintergrund der Angriffe des Iran auf den Staat Israel (www.achgut.com/artikel/koe_rber_stiftung_hofiert_iranischen_regierungsfunktionaer/)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

59. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Inwieweit wird nach Einschätzung des Bundesministers für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach vor dem Hintergrund der im Rahmen der geplanten Reform der Notfallversorgung festgelegten vorrangigen Behandlung von telefonisch an das Integrierte Notfallzentrum vermittelten Patienten den besonderen Bedürfnissen älterer Menschen Rechnung getragen – beispielhaft bei Anmeldung via Mobiltelefon (vgl. Gesetzentwurf, § 123 neue Fassung zum Fünften Buch Sozialgesetzbuch; Welt – www.welt.de/politik/deutschland/article252113858/Ueberlastete-Aerzte-Lauterbachs-groesse-r-Plan-fuer-die-Notfallversorgung-und-die-Einwaende-dagegen.html, zuletzt abgerufen am 20. Juni 2024)?
60. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Welche Personen (Entscheidungsträger, Berater etc.), Bundesministerien, Behörden, Gremien und Kontrollinstanzen waren 2020 in der Bundesregierung in die Beschaffung von medizinischen Masken zum Schutz vor einer Verbreitung des Coronavirus involviert (bitte die wesentlichen Stationen der Entscheidungskette auführen), und auf welcher Grundlage haben sie ihre Entscheidungen zur umfangreichen Maskenbeschaffung gefällt (z. B. Auswertung der medizinischen und wissenschaftlichen Datenlage zur Eignung von Masken als Schutzmaßnahme, Errechnung und Festlegung des Bedarfs, Wahl des Open-House-Verfahrens als geeignetes Beschaffungsverfahren, Errechnung und Festlegung des den Lieferanten angebotenen garantierten Abnahmepreises von 4,50 Euro pro Maske, Festlegung der den Lieferanten gesetzten Beschaffungsfristen, Auswahl der Lieferanten etc.; siehe dazu www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/corona-pandemie-masken-bundesregierung-100.html)?

